

SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 22. Februar 2021

Der Kantonsrat hat ein Ersatzmitglied des Obergerichtes gewählt (KR-Nr. 291/2020).

Daniela Güller (GLP, Zürich) ist zum Mitglied der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit gewählt worden (KR-Nr. 26/2021). Sie ersetzt Simon Schlauri.

Der Kantonsrat hat Änderungen des Fachhochschulgesetzes in zweiter Lesung beraten und mit 128 zu 0 Stimmen gutgeheissen (5589). Damit werden die Personalkategorien an den Fachhochschulen neu organisiert. Professorinnen und Professoren müssen künftig immer Praxiserfahrung haben.

Das Gesetz über die Administrativuntersuchung hat der Kantonsrat in zweiter Lesung beraten und mit 150 zu 9 Stimmen verabschiedet (<u>5479</u>). Das Gesetz schafft eine Grundlage für die Durchführung von Administrativuntersuchungen bei kantonalen Angestellten.

Die rund 22 Millionen Franken, die von der Zürcher Kantonalbank (ZKB) jedes Jahr als Gegenleistung für die Staatsgarantie an den Kanton fliessen, sollen nicht mehr in einem Fonds gesammelt und angelegt werden. Der Kantonsrat hat ohne Gegenstimme entschieden, diesen Fonds aufzulösen (5631). Statt in diesen Fonds sollen die ZKB-Millionen künftig direkt in den Staatshaushalt fliessen und dort zum Schuldenabbau beitragen.

Der Kantonsrat hat eine Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung in erster Lesung beraten (<u>5616</u>). Diese Änderung beinhaltet, dass auf den ersten der beiden finanziellen Zwischenberichte verzichtet werden soll.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der Geschäftsprüfungskommission zur Organisation des Personalwesens in der kantonalen Verwaltung als erledigt abgeschrieben (<u>5584</u>). Ziel war es unter anderem, Verbesserungen bei den direktionsübergreifenden Aufgaben zu realisieren.

Die Zürcher Stiftung «Plattform Mäander», die Demenzprojekte vorantreiben und koordinieren soll, erhält 1,5 Millionen Franken Startkapital aus dem Lotteriefonds. Der Kantonsrat hat den Beitrag mit 158 zu 0 Stimmen bewilligt (<u>5638</u>).

Der Kantonsrat hat 7,8 Millionen Franken Lotteriegelder für den Zoo bewilligt (<u>5658</u>). Das Geld soll in tierfreundlichere Anlagen für Menschenaffen und Vögel fliessen. Der Kantonsrat genehmigte den Beitrag mit 164 zu 0 Stimmen.

Der Kantonsrat hat ein Postulat von FDP, SVP und CVP als erledigt abgeschrieben, mit dem eine jährliche aktuelle Steuerstatistik gefordert wurde (<u>5651</u>).

Ein Postulat der Finanzkommission ist vom Kantonsrat mit 133 zu 31 Stimmen bei einer Enthaltung an den Regierungsrat überwiesen worden (<u>KR-Nr. 255/2017</u>). Mit dem Vorstoss wird verlangt, dass die Regierung die Beeinflussbarkeit des Staatshaushaltes aufzeigt. Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, einen Bericht dazu zu erstellen.

Der Kantonsrat will keine Steuerdetektive, um mehr Steuersünder zu fassen. Er hat eine SP-Motion mit 116 zu 52 Stimmen abgelehnt (<u>KR-Nr. 296/2017</u>). Die heutige Kontrolle zur Aufdeckung von Steuerdelikten funktioniere, so die Haltung der Ratsmehrheit.

Der Kantonsrat hat die erste Lesung zum Energiegesetz abgeschlossen (<u>5614</u>). Wichtigster Punkt dabei ist, dass künftig beim Ersatz einer Öl- oder Gasheizung vollständig auf erneuerbare Energien gesetzt werden soll. Die zweite Lesung mit Schlussabstimmung findet voraussichtlich im März statt.

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative für klimafreundliche Gebäude mit 143 zu 0 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt (<u>5372</u>). Die Forderungen der Initiative wurden in der Vorlage zum Energiegesetz aufgenommen.

Der Kantonsrat hat ein Postulat betreffend Energieeffizienz auch bei Haushaltgeräten als erledigt abgeschrieben (5071). Die Forderungen des Postulats wurden in der Vorlage zum Energiegesetz aufgenommen.

(sda)